

Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

Änderungen vorbehalten

DARF NICHT VOR MITTWOCH,
DEM 11. FEBRUAR 1998, 9.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung anlässlich der aussenpolitischen Debatte im Reichstag am 11. Februar 1998

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Auf der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert gibt es Grund, auf die Entwicklung in der Welt mit sowohl Zuversicht als auch Unsicherheit zu reagieren.

Hinter uns liegen zwei Weltkriege und eine unendliche Anzahl regionaler Konflikte, Kolonialismus, Völkermord und der Schandfleck der Geschichte - der Holocaust.

Die Verkrampfung des Kalten Krieges ist vorbei und die Demokratie ist in weiten Teilen der Welt auf dem Vormarsch. Der Freihandel schafft die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Entwicklung und eine gleichmässige Verteilung der Mittel. Die Alltagsinteressen der Menschen werden über die Grenzen hinweg miteinander verwoben. Durch Zusammenarbeit entsteht immer mehr Sicherheit. Schwedens eigene sicherheitspolitische Situation war wahrscheinlich noch nie so gut.

Dennoch können wir vor Gefahren und Herausforderungen nicht die Augen schliessen. In unserer Welt herrschen mangelnder Respekt vor den Menschenrechten ebenso wie Massenarmut, Epidemien und Umweltgefahren. Es herrscht die Plage der Bürgerkriege, entfacht von der Unterdrückung von Minoritäten und der Angst vor dem Andersartigen. Unsere eigenen Gesellschaften kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit, die organisierte Kriminalität und die wachsende Kluft zwischen den Menschen.

In einer solchen Situation ist es wichtig, sich an jenen grossen Fortschritten zu orientieren, die gemacht wurden und mit Entschlossenheit die Aufgaben anzugehen, vor die wir gestellt sind. Es gilt, unsere eigenen Gesellschaften sicher und belastbar zu machen und gleichzeitig die internationale Zusammenarbeit und die Notwendigkeit der Solidarität zu bejahen.

Für Schweden muss es selbstverständlich sein, aktiv an einer Belebung der Zusammenarbeit im Nahbereich und in Europa mitzuwirken und gleichzeitig müssen wir unsere globale Verantwortung übernehmen.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Hier im Norden haben wir eine gemeinsame Geschichte und Kultur, wir verstehen weitgehend gegenseitig unsere Sprachen. Hier gibt es eine so weitreichende Integration, dass die Menschen diese für selbstverständlich halten. Die nordische Zusammenarbeit ist ein Fundament für das Handeln der Regierung sowohl im Nahbereich, als auch in Europa und in der Welt.

Dieses Jahr hat Schweden den Vorsitz in der Nordischen Regierungszusammenarbeit. Die Regierung will die Zusammenarbeit vertiefen und legt besonderen Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Umwelt.

Sowohl der Ostseeraum als auch die Barentssee-Region, die während des Kalten Krieges von Konfrontation geprägt wurden, entwickeln sich heute zu Modellregionen für Zusammenarbeit und Sicherheit im neuen Europa. Der Ostseegipfel in Riga und das Aussenministertreffen für die Barentssee-Region in Luleå bestätigen die Wertegemeinschaft, die heute herrscht. Die Regionen haben alle Voraussetzungen dazu, ein Wachstumszentrum in Europa zu werden.

Die Zusammenarbeit in der Barentssee-Region hat zu einer grösseren nuklearen Sicherheit, zu besseren Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und zu intensiveren Kontakten über die Grenzen hinweg geführt.

Die Zusammenarbeit im Ostseeraum beschränkt sich nicht nur auf die Schaffung neuer Möglichkeiten. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit werden auch teilweise jene Probleme bearbeitet, die sich als Folge aus der positiven Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ergeben. Die Gruppe, deren Aufgabe die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist, erhielt beim Riga-Gipfel erneutes Mandat. Infolge einer schwedischen Initiative werden die Handelsminister versuchen, die Handelsbedingungen für Kleine und Mittlere Unternehmen zu erleichtern. Beim Aussenminister-treffen im Juni wird ein Vorschlag für die Agenda 21 zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion angenommen werden.

Schweden leistet einen umfassenden Einsatz sowohl zum Aufbau einer guten Nachbarschaft im Nahbereich als auch zu einer erfolgreichen EU-Erweiterung. Im März wird die Regierung ihren Vorschlag zu einem neuen Dreijahres-Programm für die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa vorlegen. Die Zusammenarbeit konzentriert sich jetzt immer mehr auf die Unterstützung des EU-Beitritts von Estland, Lettland, Litauen und Polen und auf eine festere Einbeziehung Russlands in die europäischen Zusammenarbeitsstrukturen.

Um ein integriertes Europa zu verwirklichen, müssen alle betroffenen Staaten und Organisationen - jenseits der historischen, politischen und wirtschaftlichen Grenzen - ihre Anstrengungen vereinen. Der Motor des europäischen Einigungsprozesses ist die EU und deren Öffnung gen Osten. Unser neulich gefasster Beschluss, neue beitrittswillige Staaten einzuladen, war für Europa ein grosser Fortschritt. Die Tatsache, dass alle Beitrittskandidaten beim Erweiterungsprozess mit dabei sind, stärkt die Reformarbeit und stabilisiert die Demokratie.

Das Hauptmotiv für die Erweiterung ist die Gewährleistung der Sicherheit in ganz Europa. Aber die Erweiterung trägt auch gleichzeitig zu einer wirtschaftlichen Entwicklung und einer verbesserten Umwelt in den derzeitigen und den neuen Mitgliedstaaten bei.

Wir müssen die EU-Institutionen erneuern und die Zusammenarbeit reformieren - nicht zuletzt im Bereich der Agrarpolitik - damit die Gemeinschaft auch nach dem Beitritt der neuen Mitglieder effektiv funktionieren kann. Für die beitrittswilligen Kandidaten gilt es, die Forderungen der Gemeinschaft hinsichtlich Demokratie, Umwelt sowie einer gut funktionierenden Marktwirtschaft, Verwaltung und des Rechts-wesens zu erfüllen.

Die Integration der baltischen Staaten in das neue Europa ist für Schweden von grossem Interesse. Diese Staaten reformieren jetzt energisch ihre Gesellschaften, um der EU beitreten zu können. Die Zusammenarbeit untereinander und mit Russland hat sich positiv entwickelt. Die wirtschaftliche Entwicklung verdient alle Achtung. Die Regierung hat die Initiative zu einem nordischen Programm zur Unterstützung der Balten in den Bereichen Justiz, Polizei und Migration ergriffen.

Die Erweiterung sollte mit einer Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit in der EU koordiniert werden. Wenn die Gemeinschaft grösser wird, muss sie auch besser die Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllen und eine wirkungsvolles Instrument für die Begegnung mit jener Wirklichkeit werden, mit der sich die Mitbürger Europas konfrontiert sehen - hohe Arbeitslosigkeit, Umweltprobleme und soziale Ungerechtigkeiten.

Auch mit Zypern werden die Beitrittsverhandlungen eingeleitet. Damit erreichen die Friedensbemühungen qualitativ eine neue Stufe. Dadurch könnten die Voraussetzungen für eine endlich dauerhafte Lösung des Konflikts verbessert werden.

Die Regierung will, dass die EU die Beziehungen zur Türkei weiter entwickelt. Dieses Land hat eine deutliche Beitrittsperspektive, was bedeutet, dass wir eine Verbesserung hinsichtlich des Respekts für die Menschenrechte, die Demokratie und den Minderheitenschutz erwarten.

Die Regierung will dazu beitragen, dass die EU gegenüber der Umwelt sowohl Offenheit als auch ein starkes globales Engagement zeigt. So muss die europäische Mittelmeerpolitik z.B. mehr als bisher danach streben, wirklichen Freihandel in allen Bereichen zu schaffen - das betrifft auch die

Landwirtschaft und gilt auch für umfassende Schwerpunkte im Bereich Entwicklung und kultureller Dialog.

Die Regierung setzt sich in der EU dafür ein, dass das multilaterale handelspolitische Regelwerk der Welthandelsorganisation, WTO, auch weiterhin zum Abbau der Hemmnisse beim Wirtschaftstransfer, bei Handel und Investitionen beiträgt.

Die Einführung der gemeinsamen Währung ist für die gesamte EU von grosser Bedeutung, auch für jene Staaten, die nicht von Anfang an dabei sind. Schweden wird daher dazu beitragen, dass die EWU von Anfang erfolgreich wird.

Die Regierung arbeitet dafür, dass in der EU alle Möglichkeiten der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik ausgenutzt werden. Durch den Vertrag von Amsterdam wurden die Voraussetzungen für eine Vertiefung dieser Zusammenarbeit geschaffen, u.a. durch grössere Möglichkeiten bei der Krisenvorbeugung und beim Krisenmanagement.

Die EU braucht eine restriktivere Waffenexportpolitik. Die Regierung will, dass die vom Europäischen Rat angenommenen Richtlinien, in restriktiver Richtung verdeutlicht, in einen Verhaltenskodex aufgenommen werden. Die Regierung setzt sich auch dafür ein, dass die Kommissionsinitiative zu einer EU-Strategie für die Verteidigungs-industrie führt mit u.a. restriktiveren Regeln für den Export von Kriegsmaterial und einer grösseren Offenheit hinsichtlich des Waffen-exports der EU-Mitgliedstaaten.

Der wichtige Besuch von Präsident Jelzin in Schweden war eine Bestätigung einer immer intensiveren schwedisch-russischen Zusammenarbeit. Die positive Entwicklung des russisch-schwedischen Austauschs in allen Bereichen hat ihr Fundament in einer vertieften Gemeinschaft zwischen unseren Ländern.

Der Besuch stellte auch einen Bestandteil in den Bestrebungen dar, Russland fester an die europäische Zusammenarbeit zu knüpfen. Die Regierung will diese Annäherung durch grössere Unterstützungen für die Reformarbeit in Russland erleichtern.

Die Regierung ermahnt Russland, die Grenzabkommen mit Estland und Lettland zu unterzeichnen. Ein solcher Schritt hätte einen vertrauensfördernden Effekt, der für den gesamte Ostseeraum von Bedeutung wäre.

Es ist erfreulich, dass Russland konkrete Vorschläge zu vertrauensfördernden Massnahmen und zur Zusammenarbeit im Ostseeraum vorgelegt hat. Die Regierung will darüber weiter diskutieren, nicht zuletzt gilt dies auch für die Themen Wirtschaft, Umwelt und zwischen-menschliche Kontakte. Die Regierung will die praktische militärische Zusammenarbeit mit Russland im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden ausbauen. Dagegen weisen wir die Gedanken an ein regionales militärisches Sicherheitsarrangement zurück.

Das Rahmenabkommen zwischen der NATO und Russland ist ein Grundstein der gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur. Beide Partner tragen die Verantwortung dafür, dass das Abkommen einen konkreten Inhalt erhält. Ganz Europa hat ein Interesse an einer positiven und konstruktiven Beziehung zwischen Russland und der NATO.

Dieses Abkommen ist - zusammen mit einer Vertiefung der Partnerschaft für den Frieden, der Gründung des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates und dem Beschluss, drei zentraleuropäische Staaten als Mitglieder einzuladen - ein Ausdruck für eine Neuorientierung der NATO. Ein breites gemeinsames Vorgehen trägt zur Sicherheit in ganz Europa bei. Es ist wichtig, dass dieser Veränderungsprozess fortgesetzt wird.

Es wird immer deutlicher, dass gemeinsames Krisenmanagement und Friedensförderung zu den militärischen Hauptaufgaben der europäischen Staaten gehören. Die Regierung arbeitet mit der NATO zusammen, um dieser neuen sicherheitspolitischen Tagesordnung gerecht zu werden. In diesem Bereich arbeitet Schweden - ebenso wie in anderen sicherheitspolitischen Fragen - eng mit Finnland zusammen.

Die Zusammenarbeit mit der NATO umfasst jedoch nicht die Verteidigung unseres Territoriums. Schwedens militärische Bündnisfreiheit, mit dem Ziel, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen. Schweden hat als militärisch bündnisfreies Land mit einem starken Engagement für die UNO immer zwischen der Verteidigung des eigenen Territoriums und den Friedensoperationen im Auftrag der UNO unterschieden. Diese deutliche Unterscheidung bleibt bestehen und stellt eine Basis unserer Zusammenarbeit mit der NATO dar.

Die Regierung strebt nach einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung, in der die europäischen Staaten zusammenarbeiten, um die Sicherheitsprobleme der neuen Zeit zu bewältigen. In einem solchen Prozess werden Voraussetzungen für niedrigere Rüstungsniveaus und einen schrittweisen Ausstieg aus den atomaren Waffensystemen geschaffen.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, ist dank ihres grossen Mitgliederkreises und allumfassenden Sicherheitsbegriffs ebenfalls ein Grundstein des europäischen Sicherheitssystems. Die wichtigsten Aufgaben der OSZE bestehen heute in der konfliktvorbeugenden Tätigkeit, im Krisenmanagement, den Versöhnungsmassnahmen nach einem Konflikt sowie der Abrüstungskontrolle.

Die wachsende Mitgliederzahl des Europarates ist ein Ausdruck dafür, dass die Demokratie auf unserem Kontinent auf dem Vormarsch ist. Die Massnahmen des Europarates tragen zur Konsolidierung der Demokratie, zu grösserem Respekt für die Menschenrechte und zur Förderung der rechtsstaatlichen Prinzipien bei. Die Regierung setzt sich für eine effektive Aufarbeitung des Europarat-Gipfels vom Oktober 1997 ein. Das gilt ganz besonders für das Spezialprogramm zum Schutzbedarf der Kinder, das auf schwedische Initiative entstand.

Die friedliche Entwicklung auf dem Balkan setzt ein langfristiges internationales Engagement voraus. Die Kräfte, die das Dayton-Abkommen unterstützen, brauchen die Unterstützung der Umwelt, damit die Versöhnung stärker wird als die trennenden Elemente. So kann für die Menschen die Möglichkeit der Rückkehr in die Heimat geschaffen werden.

Die schwedische Unterstützung für den Wiederaufbau konzentriert sich vorrangig auf Hilfen für demokratische und wirtschaftliche Strukturen und für die Rückkehr der Flüchtlinge. Die Unterstützung soll zur Integration der Region in die europäische Zusammenarbeit beitragen.

Die Friedensarbeit in Bosnien erfordert fortgesetzte Präsenz auf militärischer und polizeilicher Ebene. Die schwedische Regierung ist bereit, auch weiterhin schwedische Truppen dorthin zu entsenden unter der Voraussetzung, dass vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu ein Mandat erteilt wird. Eine derartige Einsatztruppe sollte, wie dies auch jetzt der Fall ist, von der NATO organisiert werden und amerikanische Bodentruppen enthalten. Eine weiterhin breite Beteiligung, unter Einbeziehung Russlands, ist ebenfalls von wesentlicher Bedeutung.

Die Aufrechterhaltung des amerikanischen Engagements in Europa ist wichtig. Die Präsenz der Vereinigten Staaten ist für die Entwicklung in ganz Europa von grosser Bedeutung.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Die Mitgliedschaft Schwedens in den Vereinten Nationen und sein starkes Engagement bleibt weiterhin ein Grundpfeiler der Aussenpolitik der schwedischen Regierung.

Durch die UNO sind wir am Aufbau der internationalen Rechtsordnung beteiligt, die auch unsere eigene Sicherheit gewährleistet. Die UNO ist ein unerlässliches Instrument im Kampf gegen die langfristigen Bedrohungen des Überlebens der Menschheit.

Die Wahl Schwedens in den Sicherheitsrat für den Zeitraum 1997-98 war ein Vertrauensbeweis unserer Aussenpolitik. Die Regierung geht bei ihrer Arbeit im Sicherheitsrat von dem Programm aus, das ich dem schwedischen Reichstag nach der Wahl in den Sicherheitsrat vorgelegt habe. Wir wollen uns für frühzeitige, vor allem vorbeugende und koordinierende UN-Massnahmen in Konfliktsituationen und für einen offeneren Sicherheitsrat einsetzen. Das übergeordnete Ziel wird von dem Gedanken getragen, dass die UNO und der Sicherheitsrat so effektiv wie möglich die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit gewährleisten können.

Die Regierung tritt für ein starkes und gemeinsames Engagement der UNO im Irak ein. Die Entschliessungen des Sicherheitsrats sollen respektiert und die Massenvernichtungswaffen des Irak zerstört werden. Es ist nicht akzeptabel, dass der Irak die Kontrolltätigkeit der UNO ernsthaft behindert. Die Politik von Saddam Hussein hat grosses menschliches Leiden über die Einwohner des Landes gebracht, vor allem über die kurdische Bevölkerung

im Norden. Um weiteres Leiden zu verhindern, muss der irakische Regierungschef mit der UNO zusammenarbeiten und eine friedliche Lösung dieser ernstesten internationalen Krise ermöglichen.

Die Regierung tritt für eine weitestgehende Begrenzung der negativen Auswirkungen von internationalen Sanktionen auf die Bevölkerung ein. Die humanitären Grundbedürfnisse und die Achtung der Menschenrechte stehen im Mittelpunkt der schwedischen Stellungnahme.

Wir wollen ein besseres Zusammenwirken militärischer, polizeilicher und anderer ziviler UNO-Einsätze erreichen. Als wir im vergangenen Juli den Ratsvorsitz übernahmen, ergriffen wir deshalb eine neue Initiative für den Einsatz von Zivilpolizisten bei UN-Einsätzen - oftmals sind diese eine Schlüsselgruppe bei der Behandlung interner Konflikte. Wir verfolgen diese Initiative, sowohl innerhalb der UNO als auch in Schweden. Einhundert schwedische Polizisten stehen heute dem Bereitschaftssystem der UNO für friedenserhaltende Massnahmen zur Verfügung.

Nach der Amtsübernahme durch den neuen Generalsekretär Kofi Annan sind erhebliche Fortschritte bei der Reform der UNO erzielt worden. Wir haben eine bessere politische Führung und eine rationellere Organisation erhalten.

1998 wird sich die Regierung für die Einführung eines neuen Finanzierungssystems der Entwicklungsarbeit der UNO einsetzen, um eine grössere Übersichtlichkeit und einen ausgewogeneren Lastenausgleich zu erhalten. Das in der Vollversammlung geplante Treffen zur Jahrtausendwende bietet eine weitere Möglichkeit, die zukünftige Aufgabenstellung der UNO in den Mittelpunkt zu rücken.

Letztlich entscheidend für den Erfolg der UNO ist die politische Bereitschaft der Mitgliedstaaten, die Organisation zu unterstützen und zu nutzen, und ihr die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Alle Mitgliedstaaten müssen ihre Beiträge vollständig, rechtzeitig und bedingungslos zahlen. Dies gilt insbesondere für den grössten Beitragszahler. Der Unwille der USA, ihren Beitrag zu zahlen, stellt eine Bedrohung der weiteren Reformarbeit dar.

Ein Jahrzehnt nach Beendigung des Kalten Kriegs sind immer noch umfangreiche Atomwaffenarsenale aufeinander gerichtet und die Verbreitungsgefahr noch immer existent. Die schwedische Regierung sieht das Eintreten für eine von Massenvernichtungswaffen befreite Welt weiterhin als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an.

Die Kernwaffenstaaten sollen die atomaren Waffen aus ihrer Verteidigungsbereitschaft entfernen. Die Regierung tritt für die Übernahme des Vorschlags der Canberra-Kommission für eine kernwaffenfreie Welt in die internationale Abrüstungsarbeit ein.

Den Staaten, die aus freien Stücken den Besitz atomarer Waffen abgelehnt haben, steht das Recht zu, Garantien zu erhalten, um nicht der Anwendung oder Androhung der Verwendung atomarer Waffen ausgesetzt zu werden.

Die Regierung beabsichtigt diesbezüglich die Ausarbeitung eines internationalen, rechtlich bindenden Abkommens.

Ein wichtiger Bereich der Abrüstungsarbeit, in dem Schweden eine aktive Rolle hat, betrifft die internationale Exportkontrolle. Es gilt, den Transfer von Waffen und empfindlicher Hochtechnologie in falsche Hände zu verhindern - das Herstellen von Massenvernichtungswaffen für Staaten zu erschweren.

In Bürgerkriegen verursachen leichte Waffen unsägliches menschliches Leid. Die Regierung wird sich aktiv für konkrete Massnahmen zur Abrüstung und Kontrolle dieser Waffen einsetzen. Die Regierung hat in diesen Tagen den UNO-Generalsekretär davon unterrichtet, dass wir schon heute provisorisch die grundlegenden Verpflichtungen der Konvention von Ottawa über das Totalverbot der Verwendung von Anti-Personen-Minen übernommen haben.

Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Damit wurde der Grundstein für die heute zur Wahrung der menschlichen Würde bestehende umfangreiche internationale Gesetzgebung gelegt.

Als ein Beitrag zum 50jährigen Bestehen wird die Regierung einen Bericht über die Politik zur Wahrung der Menschenrechte vorlegen. Den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten wird grössere Aufmerksamkeit geschenkt werden, als das bisher der Fall gewesen ist. Weitere Schwerpunkte sind die Rechte der Kinder, Frauen und Minderheiten. Wir wollen unsere Anstrengungen zur völligen Abschaffung der Todesstrafe verstärken. Die Menschenrechte sind von entscheidender Bedeutung zur Förderung der demokratischen Kultur.

Die Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik ist ein unersetzliches Instrument der internationalen Verpflichtung Schwedens. Die demokratischen und wirtschaftlichen Erfolge der Länder, mit denen Schweden zusammenarbeitet, machen Schweden zu einem geschätzten Partner derjenigen Länder, deren Aufgabe es ist, ihr Recht einzufordern, sich aus der Armut zu befreien und über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Mit dieser neuen Entwicklungspolitik haben wir eine gute Grundlage für die Anhebung der Entwicklungshilfe in den kommenden Jahren gelegt.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Aus sicherheitspolitischer Perspektive ist es in der Hauptsache positiv, dass die Grenzen der Staaten offener werden und dass sich Länder und Völker in der sich heute abzeichnenden raschen Internationalisierung von Wirtschaft, Kultur, Technik und Wertevorstellungen nähern.

Die Globalisierung hat für viele Millionen Menschen in ehemals armen Teilen der Welt eine Möglichkeit eröffnet, sich aus der Armut zu befreien. Doch gleichzeitig verzeichnen wir auch eine Zunahme der sozialen Unterschiede. Die gewandtesten und für den Wettbewerb am besten gerüsteten Menschen

wissen die dynamischen Kräfte der globalen Wirtschaft für sich zu nutzen. Für viele schrumpft die Welt und neue Möglichkeiten eröffnen sich.

Andere wiederum erleben, dass sie nicht mehr gebraucht werden oder verlieren aufgrund der zentrifugalen Kräfte der Globalwirtschaft ihre Stellung. Am Rande finden wir Regionen oder ganze Länder, die ausbildungsmässig zurückstehen.

Die guten Seiten der Globalisierung - wie Integration und wirtschaft-licher Fortschritt - schaffen die besten Möglichkeiten, die uns jemals für die Verwirklichung von Frieden, Demokratie und Entwicklung zur Verfügung standen. Aber die Globalisierung braucht auch einen globalpolitischen und ethischen Rahmen. Zur Konfliktvorbeugung gehört auch die Entwicklung politischer Instrumente auf internationaler Ebene für den Umgang mit den negativen Auswirkungen der Globalisierung.

Dies wird vor allem in Ost- und Südostasien deutlich, wo sich das Bild rasch verändert hat. Staaten, die ein Wachstum ohnegleichen gesehen haben, befinden sich nun in einer tiefen Finanz- und Strukturkrise. Mängel im finanziellen und politischen System sind nun deutlich zu Tage getreten. Die sozialen und umweltpolitischen Probleme sind umfangreich.

Die Erholung kann lange dauern. Doch die jetzt durchgeführten Umstellungen können diesen Staaten mittelfristig wieder eine vordere Position in der Weltwirtschaft einräumen. Die Staaten können gestärkt aus der Krise gehen, wenn sie ihren Führungsstil reformieren und ihn demokratischer, pluralistischer und offener ausrichten. Die derzeitige Arbeit mit dem Entwurf einer schwedischen Asienstrategie ist Ausdruck für das starke Interesse der Regierung an der weiteren Entwicklung der Beziehungen zu den asiatischen Staaten.

Durch die Krise in Asien wurden wir erneut an die starke gegenseitige Abhängigkeit der Länder und Völker und an den Bedarf einer internationalen Zusammenarbeit erinnert. Die offenen Wirtschaftssysteme von heute, der freie Handel und die schnellen finanziellen Transaktionen erfordern eine wirtschaftliche und politische Führung, die auf Krisen schnell reagieren kann und gleichzeitig einen breiten globalen und langfristigen Ansatz in gemeinsamen Schicksalsfragen aufweist.

Der Nahe Osten teilt mit Europa eine lange gemeinsame Geschichte und ein reiches kulturelles Erbe. Der Friede in dieser Region ist von gemeinsamem Interesse. Die Regierung ist über den festgefahrenen Friedensprozess zutiefst beunruhigt.

Israel hat ein Recht auf sichere und anerkannte Grenzen. Die Palästinenser haben ein Recht auf die Bildung eines demokratischen Staates und die Schaffung von wirtschaftlicher Sicherheit. Ein Abkommen setzt voraus, dass sich Israel im Einklang mit den Forderungen des Völkerrechts und den Übereinkommen der Vertragsparteien aus dem Westjordanland und aus Gaza zurückzieht. Alle guten Kräfte - im Gebiet und in der Umwelt - müssen zusammenwirken, damit Konfrontation durch Koordination ersetzt wird.

Israel muss mit der völkerrechtlich umstrittenen Wohnbaupolitik und dem Abdrängen der Palästinenser aus Jerusalem aufhören. Die Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich muss zur Vermeidung von Terroranschlägen beibehalten werden. Die Stellung Jerusalems muss in einem allumfassenden und gerechten Friedensabkommen verankert sein. Das Völkerrecht und die Achtung der Menschenrechte müssen von beiden Parteien gewahrt werden.

Afrika zeigt verschiedene Gesichter. Not und Gewalt gehören für viele Menschen zur Wirklichkeit. Gleichzeitig erfährt der Kontinent vielversprechende Veränderungen. Eine "afrikanische Renaissance" scheint möglich zu sein. Die Regierung strebt die Entwicklung einer engeren Partnerschaft mit den noch heranwachsenden demokratischen Gesellschaften Afrikas an. Wir wollen unser starkes historisches Engagement den Forderungen einer neuen Zeit anpassen. Im März wird die Regierung ihren Entwurf für eine Neufassung der Afrikapolitik vorlegen.

Die Gewalt in Algerien nahm während des Fastenmonats Ramadan erneut an Stärke zu. Die Regierung hat sich dafür eingesetzt, im Dialog mit Algerien der unglaublichen Gewalt Einhalt zu bieten. Es ist notwendig, dass die algerische Regierung einen nationalen Kraftakt gegen den feigen und schockierenden Terrorismus zustandebringt. Offenheit, Demokratisierung und eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit sind Voraussetzung für die Beendigung der Gewalt und die Isolierung der Verantwortlichen.

Es ist erfreulich, dass die Parteien sich nun über die Durchführung des UN-Friedensplans für die Westsahara einigen konnten. Die Regierung unterstützt den Friedensprozess mit zivilen Polizisten und ist darüber hinaus bereit, mit der Entsendung von Wahlbeobachtern beizutragen. Wir untersuchen ausserdem die Möglichkeit von Einsätzen bei der Minenräumung.

Die Entwicklung in Lateinamerika ist positiv. Das stete Eintreten für eine demokratische Entwicklung und für offenere Wirtschaftssysteme hat zu einer positiven Entwicklung in fast der gesamten Region geführt. Notwendige soziale Reformen z.B. in den Bereichen Ausbildung und Gesundheit stehen noch an, um die Armut abzubauen und die Demokratie zu stärken. Schweden ist im Mai Gastgeber einer Konferenz der Handels- und Wirtschaftsminister der EU und Lateinamerika zur Ankurbelung von Handel und Investitionen.

In Mittelamerika haben eine von einheimischen demokratischen Kräften sowie internationale Anstrengungen geduldig geleitete Friedensarbeit zu Frieden und Demokratie in der gesamten Region geführt, zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit zu Anfang des vorigen Jahrhunderts.

Frau Präsidentin/Herr Präsident!

Wenn die Ereignisse ausserhalb unseres eigenen Staates das Leben der Schweden immer stärker beeinflussen, verwischen die Grenzen zwischen der Innen- und Aussenpolitik. Die Wertegemeinschaft, die das Fundament für

eine gelebte Demokratie auf nationaler Ebene ausmacht, muss heute auch auf internationaler Ebene gefunden werden.

Der zukünftige Wohlstand der Schweden ist eng verflochten mit dem Wohlstand der Menschen in unserem Umfeld. Unsere Beteiligung und Solidarität tragen zum Zukunftsglauben anderer Menschen bei.

* Wir wollen deshalb die Zusammenarbeit in unserem Nahbereich und in Europa vertiefen und ausbauen. Wir müssen die historischen Möglichkeiten zur Schaffung eines integrierten demokratischen Europas nutzen und eine Ordnung verwirklichen, in der Sicherheit in der Zusammenarbeit gesucht wird und in der Gewalt als Lösung politischer Meinungsunterschiede nicht akzeptiert wird.

* Wir wollen deshalb die globale Zusammenarbeit erneuern. Den Herausforderungen an Leben und Wohlstand der Menschen - globale Umweltbedrohungen, Krankheit, Armut, Massenvernichtungswaffen, Protektionismus und Verbrechen gegen die Menschenrechte - kann nur mit internationalem Zusammenwirken begegnet werden.